

trikteste Neutralität gegenüber allen Kriegsführenden beobachten und alle Anstrengungen unternehmen, um die Lösung des wirtschaftlichen Problems zu erleichtern, womit sich das Parlament befaßt. Es nimmt die ihm von der gegenwärtigen Mehrheit angebotene Mithilfe an, würde jedoch, falls es zur Ansicht gelangen sollte, diesen Beistand nicht benutzen zu können, eine neue Kammer einberufen.

Das neue Kabinett würde zunächst die mit der Landesverteidigung eng verknüpfte militärische Reorganisation, sodann die Fragen bezüglich der Nahrungsmittel-, Arbeits-, Ausführ- und Kreditbeschwerden in Angriff nehmen. Dabei werde es keineswegs die der öffentlichen Meinung gegenüber übernommenen Verpflichtungen außer acht lassen; aber die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme seien die dringlichsten. Ministerpräsident Tomonones schloß mit der Versicherung, daß die Regierung eine ausgesprochen liberale Politik verfolgen werde.

Ungarisches Abgeordnetenhaus.

Budapest, 10. Dezember.

Das Haus setzt die Generaldebatte über die Indemnitätsvorlage fort. Als erster Redner ergreift der

Abg. Josef Szterenyi (Verfassungspartei) das Wort. Er verweist auf die Erbitterung, die sowohl im Kreise des städtischen Publikums sowie auch überhaupt auf volkswirtschaftlichem Gebiete gegen die Indolenz der Regierung besteht. Ungeachtet der absolut besten Intentionen des Gemeinsamen Kriegsministers würde das ungarische wirtschaftliche Leben bei den Heereslieferungen um viele hundert Millionen geschädigt. Die berufensten industriellen Kreise werden demonstrativ umgangen. Auch auf sozialpolitischem Gebiete sei im Interesse der arbeitenden Klassen gar nichts geschehen. Die österreichische Industrie habe in Russisch-Polen ein Absatzgebiet in Besitz genommen, wo auch wir entsprechend an Exporte hätten teilnehmen können. Was die Requirierung von Kupfer betrifft, habe die Regierung erst im fünfzehnten Monate des Krieges von den beiden in Siebenbürgen mit französischem Kapital erschlossenen Kupferminen die eine in Betrieb gestellt, und seitdem werden dort monatlich 14 bis 15 Waggons Kupfer erzeugt; die andere Grube ist aber auch heute noch nicht in Betrieb gesetzt worden. Die Klagen der ungarischen Fabrikindustriellen blieben unberücksichtigt.

Redner führt weiter aus: Die letzten Halbjahresbilanzen der Banken lassen die Forderung gerechtfertigt erscheinen, daß auch die Einnahmen der Banken der neuen Kriegs-Einkommensteuer unterworfen werden. Redner ernennt Aufklärungen der Regierung darüber, wie hoch sich die bisherigen Kosten des Krieges belaufen. Dies könne doch unmöglich ein Geheimnis sein; auch in allen anderen Staaten seien diesbezügliche Mitteilungen gemacht worden. Ebenso habe die Regierung noch nicht ihren Standpunkt bezüglich des Wiederaufbaues der vom Feinde zerstörten Ortschaften dargelegt.

Redner berechnet auf Grund der letzten Ausweise der österreichischen Staatsschulden-Kontrollkommission betreffend die Kriegskosten in Oesterreich diejenigen Ungarns für die ersten 17 Monate auf ungefähr 6½ Milliarden; ein zweijähriger Krieg werde also, für Ungarn berechnet, 9 bis 10 Milliarden Kriegskosten verursachen; dazu müsse man noch die Kosten rechnen, welche die Erhaltung der Invaliden, der Wiederaufbau der zerstörten Gegenden und die Erneuerung der Eisenbahnen sowie die unbedingt notwendige Neuaufrüstung der Armee verursachen. Angesichts dieser Umstände ist Redner der Ansicht, daß die wirtschaftliche Lage des Landes nach dem Kriege durchaus keine rosig sein werde; vor allem werde der Staat seine außerordentlichen Geldbedürfnisse befriedigen müssen, ebenso werde die Industrie große Geldsummen zur Anschaffung von Rohmaterialien brauchen; zur Deckung der Zinsenlast des Staates werden Milliarden erforderlich sein, der Staat wird daher gezwungen sein, ganz neue Einnahmequellen zu eröffnen. Dies sei, abgesehen von der größten Vereinfachung der staatlichen Verwaltung, nur durch eine großzügige Wirtschaftspolitik möglich. Redner verweist darauf, daß in Deutschland beispielsweise ungeheure bisher unbebaute Gegenden durch Heranziehung russischer Kriegsgefangener in Ackerfeld umgewandelt worden sind. Auch bei uns ist eine großangelegte landwirtschaftliche Politik notwendig, um die Produktion des Landes zu steigern. In Deutschland produziert die Landwirtschaft unverhältnismäßig mehr als bei uns.

Abg. Geza Polonhi: Wir brauchen ein selbstständiges Zollgebiet!

Abg. Szterenyi: Das hat mit einem selbstständigen Zollgebiet gar nichts zu tun, dazu brauchen wir etwas anderes: Arbeit, Energie und Wissen! Die Regierung müsse überdies mit großen Geldmitteln der Landwirtschaft zu Hilfe kommen.

Neben heldenmütigen Soldaten haben Krupps, Skodas, Manfred Weiß, Wolfners den Krieg gewonnen. Redner billigt vollständig, daß die Regierung die Ausgleichsverhandlungen mit Oesterreich begonnen habe. Er hält es für notwendig, daß wenigstens hinsichtlich der wichtigsten prinzipiellen Fragen zwischen beiden Regierungen ein Einvernehmen erzielt werde, denn ohne ein solches können wir uns gar nicht in ernste Friedensverhandlungen einlassen.

Was die Annäherung an Deutschland betrifft, hält Redner diese unter den von ihm bereits wiederholt erörterten Kautelen der Wahrung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Ungarns für wünschenswert. Sie ist auch zu lösen und wenn auch anfangs Schwierigkeiten auftauchen